



Weiterer Schritt hin zur Zukunftsfähigkeit

Landtag berät den Gesetzentwurf für ein Vorschaltgesetz zur Gebietsreform

Dem Landtag liegt jetzt zu ersten Beratung der Gesetzentwurf für ein Vorschaltgesetz zur Gebietsreform vor. Er war vom Kabinett am 12. April im zweiten Durchgang beschlossen worden. „Damit hält Rot-Rot-Grün Wort und bleibt im geplanten Zeitplan zur Umsetzung der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion Frank Kuschel. „Das Vorschaltgesetz unterlegt das Reformziel, die Stärkung der kommunalen Ebene.“

„Mit der Reform werden Landes- und Kommunalverwaltung auf die anstehenden Herausforderungen, die sich u.a. aus den demografischen Entwicklungen und dem Auslaufen des Solidarpaktes II sowie der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ergeben, vorbereitet und fit gemacht. Für die Städte und Gemeinden ist jetzt klar, welche künftigen Strukturen für sie gelten werden. Nun sollten die Kommunen die Chancen der Freiwilligkeitsphase nutzen“, so der Abgeordnete weiter.

Positiv bewertet die LINKE auch, dass die Landesregierung wichtige Hinweise und Anregungen der kommunalen Spitzenverbände und der Koalitionsfraktionen in den Gesetzentwurf aufgenommen hat. Dies betrifft u.a. den weiteren Ausbau des Ortsteil- und Ortschaftsrechts durch einen gesetzlichen Mindestfinanzanspruch, die zeitweilige Erweiterungsmöglichkeit für

die Gemeinderatsgröße und die Klärstellung der Stärkung der städtischen Zentren. „Die Kommunen und die Spitzenverbände sind aufgefordert, in die parlamentarische Debatte ihre Hinweise und Bedenken konstruktiv einzubringen, anstatt den Eindruck zu erwecken, es bestünde kein Reformbedarf“, sagte Frank Kuschel.

Dr. Holger Poppenhäger, Thüringer Minister für Inneres und Kommunales, hatte nach der Kabinettsitzung in der Regierungsmedienkonferenz darauf hingewiesen, dass im Zuge des Anhörungsverfahrens und der Beteiligung der Ressorts die Landesregierung den Gesetzentwurf gerade auch unter Berücksichtigung der aktuellen Bevölkerungszahlen weiterentwickelt habe.

Freiwilligkeitsphase bis zum 31. Oktober 2017 verlängert

„Eine wichtige Ergänzung sind zum Beispiel Übergangsregelungen, die zur Verbesserung der Aufwandsentschädigung für Ortsteil- und Ortschaftsbürgermeister führen, die bei Auflösung der Gemeinde aus dem Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters übergeleitet werden. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement ausdrücklich und schaffen damit neue Perspektiven für die Kandidatinnen und Kandidaten bei den bevorstehenden Wahlen“, sagte der Innenminister.

Der Gesetzentwurf stellt klar, dass im Falle der übergangsweisen Bildung eines Ortschaftsrates weder eine Wahl

der Ortschaftsratsmitglieder stattfindet noch die Zahl der Ortschaftsratsmitglieder auf die in § 45 Absatz 3 Satz 3 Thüringer Kommunalordnung bestimmte Zahl beschränkt ist, da die bisherigen Gemeinderatsmitglieder in das Amt des Ortschaftsratsmitglieds übergeleitet werden sollen.

Ergänzend wurden zudem eine Regelung zur Vergrößerung des Gemeinderats für einen Übergangszeitraum und Regelungen zur Stärkung des Budgetrechts sowie zur Beteiligung der Ortsteile und Ortschaften bei der Haushaltsaufstellung aufgenommen.

Ziel der Gebietsreform ist es, die kommunalen Strukturen zu stärken. „Die örtliche Gemeinschaft“, so Dr. Poppenhäger, „entfaltet nur dann die größtmögliche Leistungskraft, wenn sie dem Urtypus der sich selbst verwaltenden Gemeinde entspricht.“ Diese Verbesserung der kommunalen Strukturen werde durch Zusammenlegung oder Eingliederung von kleineren und leistungsschwächeren in größere Gemeinden erreicht.

Das Vorschaltgesetz konkretisiert nun in § 6 Abs. 2 das Ende der Antragsfrist für die Bildung von freiwilligen Gemeindestrukturen durch Auflösung und Zusammenschluss oder Eingliederung auf den 31. Oktober 2017. Dies gelte auch für Gemeinden, die derzeit noch Teil einer Verwaltungsgemeinschaft seien; die bisher erforderliche Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Verwaltungsgemeinschaft entfällt.

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Bittere Alltagserfahrung

Am 8. April wurde der „Internationale Tag der Sinti und Roma“ begangen. Benachteiligungen etwa beim Zugang zu Bildung und Arbeit oder der Gesundheitsversorgung und das Erleben eines alltäglichen Antiziganismus gehören zur bitteren Alltagserfahrung vieler Roma. Häufig sind es strukturelle Diskriminierungen, die Fluchtursachen schaffen. Aber es sind auch gewalttätige Übergriffe, selbst durch staatliche Behörden, die Sinti und Roma zur Flucht zwingen. Dem muss selbstverständlich auch beim Umgang mit geflüchteten Roma in Thüringen Rechnung getragen werden, wie es die Landesregierung im Abschiebeerlass betont.

Durch die jüngsten Asylrechtsverschärfungen besteht die Gefahr, dass die besondere Schutzwürdigkeit dieser Menschen im Asylverfahren unberücksichtigt bleibt. Deshalb ist es eine besondere Verantwortung, denen die Thüringer Behörden in ihrem Verwaltungshandeln gerecht werden müssen, wollen wir unseren menschenrechtlich orientierten flüchtlingspolitischen Anspruch umsetzen: in Regionen, in denen den Betroffenen Diskriminierung und Verfolgung drohen, dürfen Roma nicht zurückgeschickt werden. Die sogenannten sicheren Herkunftsländer sind für Roma eben nicht „sicher“. Berichte von in jüngster Zeit aus Thüringen abgeschobenen Familien belegen dies.

Auch in Thüringen greifen bei vielen Menschen immer noch rassistische Vorbehalte gegenüber Sinti und Roma. Wie stark diese Vorurteile sind, zeigen die Ergebnisse des Thüringen-Monitors zu politischen und kulturellen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung: 39 Prozent der befragten Thüringerinnen und Thüringer äußerten antiziganistische Vorstellungen. Diese reichen von der Ablehnung einer Wohnnachbarschaft zu Sinti und Roma bis hin zur Diskriminierung als „Asylbetrüger“.

Es ist unsere dringende Pflicht, diesem Antiziganismus energisch entgegenzuarbeiten und weiterhin Bedingungen zu schaffen, die Sinti und Roma eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Die Fraktion unterstützt deswegen auch den europaweiten Aufruf von mehr als zwanzig Organisationen aus Politik, Zivilgesellschaft und Kultur zur Solidarität mit den Sinti und Roma in Europa.

www.change.org/p/romaday

AKTUELL

Politik der sozialen Gerechtigkeit nötig und möglich

„Für DIE LINKE kommt es darauf an, Haltung und klare Position zu bewahren. Dies gilt insbesondere gegenüber der AfD, einer Partei, die für Grenzengrenzung steht. Sie ist eine unsoziale Alternative. DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft, für soziale Gerechtigkeit. Wir werden die parlamentarische Auseinandersetzung mit der AfD verstärken.“

Im Vordergrund unserer Arbeit werden aber unsere Vorschläge für tatsächliche Alternativen zu einer sich entsolidarisierenden Gesellschaft stehen“, heißt es in einer Erklärung, die die Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK) der Linksfraktionen im Bund und in den Ländern kürzlich in Schwerin verabschiedet hat. Die LINKE werde „nicht zulassen,

dass die Benachteiligten in unserer Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden. Insbesondere Flüchtlinge, Arbeitslose, Alleinerziehende, Geringverdienende sowie Kranke und Rentnerinnen und Rentner benötigen gleichermaßen unsere Unterstützung“.

Kern der Kritik der Linksfraktionen bleibt die immer weiter auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich. „Die zunehmende soziale Spaltung ist maßgeblich Ursache für die großen gesellschaftlichen Probleme und Verwerfungen. Wir brauchen mehr Investitionen etwa in die Bildung, die Infrastruktur, den sozialen Arbeitsmarkt und das Gesundheitswesen. Unsere Sozialsysteme müssen endlich wieder ausreichend finanziert werden.“ Mit der Affäre um die „Panama-Papers“ werde einmal mehr deutlich:

Superreiche und Millionärsfamilien stehen sich über Geldverschiebungen durch Briefkastenfirmen aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Das Beispiel „Panama“ zeige auch: Für die Finanzierung der Forderungen der LINKEN ist ausreichend Geld da.

„Es müssen nur die großen und größten Vermögen endlich angemessen besteuert werden. Bisher haben alle anderen Parteien in dieser Frage versagt. Eine Änderung ihrer Politik ist nicht zu erwarten“, erklärten die Fraktionsvorsitzenden und schlossen: „DIE LINKE wird noch stärker darauf hinwirken, dass sich über diese zentrale Frage eine breite gesellschaftliche Debatte entwickelt. Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit ist am Ende auch eine Frage der Demokratie.“